

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34, bei den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark, frei in's Haus 2 Mark.

Insertionsgebühr

die gesetzte Zeitzeile über deren Raum 10 Pf.
Annonsen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34
Heinrich Neß, Kupferstichstraße.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Insatzen-Annahme auswärts: Strassburg: A. Gehrlich. In-
wraslaw: Iustus Wallis, Buchhandlung. Rennmarf: J. Köpke.
Graudenz: Der "Gefüllige". Lautenburg: M. Jung.
Gollub: Stadtkämmerer Aukten.

Expedition: Brückenstr. 34, part. Redaktion: Brückenstr. 34, I. Et.
Fernsprech-Anschluß Nr. 46.
Insatzen-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Insatzen-Annahme auswärts: Berlin: Haasestein und Vogler,
Adolf Moßé, Invalidendank, S. B. Danke u. Co. u. sämtl. Filialen
dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M., Nürnberg,
München, Hamburg, Königsberg re.

Deutsches Reich.

Berlin, 22. Oktober.

Der Kaiser und die Kaiserin sind Mittwoch Vormittag 10 Uhr von Wiesbaden abgereist. Das Kaiserpaar begab sich zunächst zu einem Besuch bei der Kaiserin Friedrich nach Cronberg. Die Ankunft dasselbe erfolgte 11 Uhr. Am Bahnhofe wurde das Kaiserpaar von der Kaiserin Friedrich empfangen. Nach herzlicher Begrüßung fuhren die Herrschaften nach Schloss Friedrichshof. Die Abreise von Friedrichshof bzw. Cronberg sollte gegen 10 Uhr Abends erfolgen. Die Ankunft auf der Wildparkstation bei Potsdam war auf Donnerstag früh 8 Uhr festgesetzt. — Dem Oberbürgermeister Dr. v. Ibell in Wiesbaden überwandte der Kaiser für den Sitzungssaal des Magistrats eine Wiedergabe des neuesten von dem Monarchen entworfenen und von Professor Knackfuß ausgeführten Gemäldes mit der eigenhändigen Unterschrift: "Der Stadt Wiesbaden zur Erinnerung. 20. Oktober 1896. Wilhelm."

Die erste Sitzung des Reichstages nach der Vertagung ist vom Präsidenten v. Buol auf Dienstag, den 10. November, Nachmittags 2 Uhr, anberaumt worden. Auf die Tagesordnung ist die zweite Berathung der Justiznovelle gesetzt.

"Bösmann's Telegraphisches Bureau" in Bremen meldet: Die auf den Werften des "Balkan" in Stettin und von Schichau in Danzig für den "Norddeutschen Lloyd" im Bau befindlichen Doppelschrauben-Schnell dampfer werden auf Beschluss des Aufsichtsrates des "Norddeutschen Lloyd" die Namen "Kaiser Wilhelm der Große" bzw. "Kaiser Friedrich" erhalten. Der Stapellauf beider Dampfer wird im Februar nächsten Jahres stattfinden. Wie das Bureau weiter mitzuheilen weiß, hat der Kaiser von Wiesbaden aus seinen Dank ausgesprochen für die Meldung, wonach zwei in deutscher Arbeit entstandene Schiffe des in aller Welt bekannten wie bewährten "Norddeutschen Lloyd" daheim wie in der Fremde von dem treuen Gedächtniß des Volkes für die beiden Kaiser Zeugnis geben würden.

Die Betriebsergebnisse der preußischen Staatsseisenbahnen betrugen im Monat September 91 181 000 (+ 7 967 000) Mark, d. i. auf den Kilometer 3311 (+ 239) Mark, aus dem Personen- und Gepäckverkehr 27 989 000 (+ 1 659 000) Mark, auf den Güterverkehr 63 192 000 (+ 6 308 000) Mark. Vom Beginn des Etatsjahres an betrugen die Betriebsergebnisse 522 495 000 (+ 31 468 000) Mark, auf den Kilometer 19 051 (+ 791) Mark, aus dem Personen- und Gepäckverkehr 172 123 000 (+ 10 056 000) Mark, aus dem Güterverkehr 350 372 000 (+ 21 412 000) Mark.

Der Auswanderungs-Gesetzentwurf, welcher dem Reichstage im kommenden Tagungsbereiche unterbreitet werden wird, dürfte, so wird offiziös geschrieben, sich zwar in Einzelheiten an die dem Reichstage in der Tagung von 1892/93 unterbreitete, damals nicht in Beratung genommene Vorlage anschließen, im Allgemeinen jedoch einen andern Charakter tragen. Mehr als in dem ersten Entwurf soll in dem neuen Werth daraufgelegt sein, daß den Auswanderer nicht blos Gelegenheit gegeben wird, ihren Entschluß des Verlassens der Heimat unter den verhältnismäßig günstigen Bedingungen auszuführen, sondern auch, daß in ihnen das Gefühl für die Heimath möglichst erhalten bleibt. Zu dem letzteren Zwecke sind verschiedene Neuerungen vorgenommen. Der Entwurf darf nicht blos die Auswanderung Einheimischer und Fremder über deutsche Häfen, sondern auch die der Einheimischen über fremde Häfen in Rücksicht ziehen.

Für das Reichs-Versicherungsamt, dessen Arbeiten sich immer mehr anhäufen, wird der "Post" aufgrund einer Vermehrung der richterlichen Beisitzer und richterlichen Hilfskräfte geplant. Ferner geht man

damit um, insbesondere die richterlichen Hilfskräfte möglichst dauernd zu beschäftigen. Im Etat für 1897/98 dürfte bereits eine Forderung für fünf weitere Richter im Reichsversicherungsamt erscheinen, wodurch ihre Zahl von 42 auf 47 erhöht werden würde.

Es war zu erwarten, daß der Abg. Dr. Arendt auf die Abschiedsrede des bisherigen Kolonialdirektors Dr. Kayser, gehalten im Kolonialrat, eine Entgegnung veröffentlichen würde. Er tut dies in seinem "Deutschen Wochenblatt". Der betreffende Artikel enthält scharfe Angriffe auf die Person Dr. Kayser. Von besonderem Interesse ist die Antwort Arendts auf die Darstellung Kayser's über die Verhandlungen wegen der Verwendung von Peters im Reichsdienst. Dr. Arendt erklärt, daß die Darstellung Kayser's nahezu in jedem Wort auf Unwahrheit beruhe. "Da die Verhandlungen zwischen uns unter vier Augen geführt wurden, so glaubte Dr. Kayser augenscheinlich, daß ich seine Behauptungen nicht widerlegen könnte. Er vergaß eins: Scripta manent. Herr Dr. Kayser hat mir Briefe geschrieben, welche seine Darstellung unserer Verhandlungen völlig Lügen strafen. Herr Dr. Kayser hat darin in den wärmsten Ausdrücken seine Dankbarkeit für die durch meine Vermittelung ihm geleisteten Dienste ausgedrückt. Waren die Verhandlungen so gelaufen, wie er sie darstellt, hätte ich ihm gegenüber Drohungen, die an Erpressung grenzen, gebraucht, hätte er mir am liebsten die Thüre gewiesen — dann wäre der freundschaftliche und in Dankbarkeit überschließende Ton seiner Briefe unbegreiflich." Dr. Arendt schlägt Dr. Kayser die gegenseitige Veröffentlichung ihres Briefwechsels vor. Er sei dazu sogar gezwungen, wenn Dr. Kayser fortfahren sollte, seine Wahrhaftigkeit in Zweifel zu ziehen. — Man kann nun neugierig sein, was Dr. Kayser hierauf zu erwidern hat.

Der berühmte Afrikaforscher Schweinfurth hat in einer Versammlung der deutschen Kolonial-Gesellschaft zu Berlin Afrika als einen "alternden Erdteil" bezeichnet, an den man keine üppigen Erwartungen knüpfen soll, als eine abgewirtschaftete Welt, die sich schon durch eine verwachsene, einförmige Bodengestaltung als ungeeignet zur Hervorbringung großer Dinge kennlich mache. — Dieses Urtheil des berühmten Gelehrten soll wie ein Sturzbad gewirkt haben auf die Zuhörer, unter denen sich auch der neue Kolonialdirektor Frhr. von Richthofen, v. Wissmann und andere Kolonialgrößen befanden.

Der Kolonialrat hat sich bei Berathung der Vorlage, betreffend die Verhältnisse von Neu-Guinea, einstimmig dahin geäußert, daß der Übergang der Landeshoheit auf das Reich eine unbedingte Notwendigkeit sei. Beabsichtigt weiterer Erörterung der Angelegenheit ist ein Ausschuß eingesetzt worden.

Die Versammlungen über die Festsetzung der deutsch-dänischen Fischereigrenze im Kleinen Welt sind der "Post" zufolge nunmehr abgeschlossen. Die Verhandlungen sind von der deutschen und der dänischen Regierung ratifiziert und die zur Bezeichnung der Grenzlinien notwendigen Baiken ausgelegt. Die deutschen Kommissare, die sich in diesen Tagen zur Unterzeichnung des Abschlusprotokolls in Kopenhagen aufgehalten haben, sind von dort wieder abgereist.

Auf der Provinzialsynode der Provinz Sachsen wurde u. a. auch über die Frage der Kirchenfizierung verhandelt. Besonders bemerkenswerth waren die Ausführungen des Professors Dr. Betschlag-Halle, der eingehend darlegte, wie schwere Nebelhände und Unliebsamkeiten durch die Kirchenfizierung hervorgerufen würden. Es sei jetzt eine demokratische Zeit; durch Millionen gebe die Behauptung, daß ein böser Unterschied in der Gesellschaft besthebe. Ein fauler Egoismus der Kirche sei es, daß sie nicht frisch und frei genug den Anforderungen der Zeit entgegen-

komme. Wohl könne man eine bescheidene Anzahl von Plätzen noch vermieten zur Benutzung für Alte, Kranke, Schwache, aber die alten Berechtigungen darüber hinaus müßten aussterben. Die Synode wolle deshalb in der Erwägung, daß die Massenvermietung der Kirchplätze nach evangelischen Grundsätzen nicht zu billigen sei, aber besonders in unserer Zeit das kirchliche Leben schädige, das Kirchenregiment ersuchen, zu einer die bestehenden Rechte und Sitten in den Gemeinden zeitweilig schonenden obligatorischen Abhilfe die Initiative zu ergreifen. Dieser Antrag wurde nach längerer Besprechung angenommen.

Wie aus Weimar gemeldet wird, hat sich der dort versammelte deutsche Gewerbe-Kammertag mit dem Grundprinzip des Entwurfs der Handwerkerorganisation auf der Basis der Zwangsinnungen einverstanden erklärt. Dafür sprachen sich u. a. aus Bremen, Chemnitz, Dresden, Hamburg, Leipzig, Lübeck, München, Plauen, Würzburg, Weimar, Zittau, dagegen Ludwigshafen, Nürnberg und Stuttgart. — Andererseits wird ferner aus Weimar gemeldet, daß sich der dortige Gewerbeverein gegen den Gesetzentwurf erklärt hat. In der betreffenden Versammlung war auch der Vorsitzende der weimarschen Gewerbe-Kammer, Gasanstaltsdirektor Müller-Apolda, anwesend. Dieser erklärte, die Vorlage habe wohl einen guten Kern, aber in ihrer jetzigen Fassung sei sie für ihn unannehmbar. Oberbürgermeister Pabst, der ebenfalls zugegen war, sprach sich mit Einschließlich gegen jedes neue Zwangsinnungsgesetz aus. Er folgte hinzu, man wisse in Berufskreisen heutzutage vor lauter neuen Gesetzen, die über acht Tage schon wieder abgeändert werden sollten, gar nicht mehr wohinaus, und ein einfacher Handwerker würde zum Studiren der jetzigen Zwangsinnungsvorlage den ganzen Winter durch brauchen. Daß der weimarsche Gewerbeverein, der gegen 500 Mitglieder zählt, sich gegen die weimarsche Gewerbe-Kammer aber für die Zwangsorganisation erklärt, ist übrigens ein recht deutliches Zeichen dafür, wie die Gewerbe in den sogenannten Gewerbe-Kammern vertreten sind.

Die "Nordd. Allg. Ztg." bestätigt, daß wegen der in der "Welt am Montag" enthaltenen Notiz über die erste Fassung des Barrentoastes gegen die Berliner Journalisten Carl von Lügau und Heinrich Leckert, gen. Larsen, ein Verfahren schwelt. Gleichzeitig sei vom Reichstanzler wegen verleumderischer Beleidigung des Staatssekretärs Marschall Strafantrag gestellt worden und zwar auf Grund der Thatsache, daß von Lügau und Larsen verschiedenen Personen gegenüber jene den Grafen Eulenburg beleidigende Notiz als vom Freiherrn von Marschall inspirirt bezeichnet hatten. Gegen Larsen ist vom Amtsgericht die Untersuchung erkannt und seine dagegen erhobene Beschwerde von der Strafkammer verworfen worden.

Der Postfiskus war vom Landgericht in Breslau zu der Anerkennung verurtheilt worden, daß er ohne Erlaubnis des Magistrats keine Telephondrähte über Straßen und Plätze ziehen dürfe und die ohne solche Erlaubnis schon gezogenen zu entfernen habe. Gegen diese Entscheidung hatte der Postfiskus Beruf beim Oberlandesgericht eingelegt. Das Oberlandesgericht hat jedoch die Berufung verworfen.

Der Bund gern beitreten und zu der Unterstützung durchaus bereit sein. — Die "Frei-Zeitung" bemerkt dazu: Das sind Redensarten. Nachdem das Kind in den Brunnen gefallen, der Paragraph in Bezug auf den Ersatz für Wildschaden im Reichstag abgelehnt worden ist, erklärt man nachträglich sich bereit, die Zudeckung des Brunnens in Erwägung zu nehmen. Gerade die Agrarier haben den Hasenparagraphen zu Fall gebracht, indem sie erklärt, andernfalls durch Herbeiführung der Beschlussfähigkeit den Abschluß des ganzen Bürgerlichen Gesetzbuches unmöglich zu machen.

Der Darstellung des Kommandos des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments über die Blutthut in Karlsruhe tritt ein Augenzeuge Herr Walz in dem "Bad. Ldsb." entgegen. Genannter befand sich in Gesellschaft von Siepmann im "Tanzhaus" und hat eidlich bekundet: Wir haben davon, daß Siepmann mit seinem Stuhl an den des Leutnants stieß nichts gesehen. Es ist überhaupt von Siepmann nichts gehandelt, was den Offizier hätte beledigen können. Daß der Leutnant von uns etwas wollte, merken wir an unserem Tisch erst, als Brüsewitz von dem Wirth verlangte, er solle Siepmann hinauswerfen lassen. Der Offizier sagte dabei zu dem Wirth: "Der Mensch (Siepmann) weiß sich nicht aufzuführen." Siepmann verbat sich dies; er stand von seinem Platze auf, ging mit dem Wirth hinaus und erklärte diesem, daß er mit dem Leutnant gar nichts habe und auch nichts von diesem wolle. Siepmann kam wieder in das Lokal zurück und setzte sich auf seinen Platz, ohne aber mit seinem Stuhl an den des Leutnants zu stoßen. Nach einer längeren Pause, in der sich kein Zwischenfall ereignete, wendete sich Brüsewitz an Siepmann und forderte diesen drei Mal auf, die Beleidigung zurückzunehmen. Darauf sagte Siepmann: "Ich weiß nichts von einer Beleidigung; ich habe Sie nicht beleidigt, ich habe nichts zurückzunehmen." Plötzlich trat der Offizier an unseren Tisch mit der gleichen Aufforderung. Siepmann gab ihm keine Antwort; Brüsewitz erneute sein Verlangen, worauf Siepmann sagte: "Keine Antwort ist auch eine Antwort." Jetzt zog der Leutnant seinen Säbel und führte nach Siepmann, der inzwischen aufgesprungen war, einen Stoß. Dieser wäre unfehlbar da schon erstochen worden, wenn es ihm nicht gelungen wäre, rasch hinter einem Tisch zu kommen. Nun begann eine färmliche Jagd. Siepmann rettete und Brüsewitz, mit dem Säbel fuchtelnd, war immer hinter ihm her. Es war eine aufregende Szene! Verschiedene im Lokal anwesende Damen schrien vor Angst auf. Durch das Dazwischenentreten des Wirthes, der den Leutnant festhielt, wurde ein Unheil verhütet. Siepmann war inzwischen in dem Hof gegangen. Kurz darauf verließ der Leutnant die Wirtschaft durch den Ausgang nach der Karlstraße. Beim Fortgehen sagte er: "Ich muß jetzt meine Entlassung nehmen". Ich begab mich auch in den Hof, wo Siepmann mit dem Wirth sprach. Auf seinen Wunsch brachte ich ihm Hut und Überzieher, da Siepmann die Wirtschaft verlassen wollte. Im Laufe der nachfolgenden Unterredung mit dem Wirth sagte Siepmann, daß er den Offizier in keiner Weise beleidigt habe und es auch nicht in seiner Absicht gelegen sei, diesen zu kränken. Er wolle aber mit Rücksicht auf den Wirth, damit diesem keine geschäftlichen Nachtheile entstünden, am anderen Tage zu Brüsewitz gehen und ihm dies sagen. Wie nun der Wirth durch die Glashüre, welche vom Hof aus auf die Kaiserstraße führt, Siepmann hinauslassen wollte, kam Brüsewitz rasch hereingelaufen und drängte sich zwischen den Wirth und Siepmann. Der Wirth sagte sofort zu ihm: "Herr Leutnant, der Herr bittet Sie um Entschuldigung" und auch Siepmann erklärte, daß er um Entschuldigung bitte. Brüsewitz kümmerte sich aber darum nicht; er ging mit dem gezückten Säbel auf Siepmann

los. Siepmann sprang darauf in den Hof zurück und Brüsewitz ging ihm sofort nach. Als Siepmann sich in einer Ecke des Hofs versteckte und nicht mehr ausweichen konnte, stieß der Leutnant ihn nieder. Nach der That betrachtete Brüsewitz die blutige Waffe und sagte mit Beifriedigung: „Ich habe meine Ehre gerettet!“ Dann ging er in das Lokal hinein. — Der Charakter des Leutnants v. Brüsewitz wird übrigens durch eine Mittheilung der konservativen „Bad. Landpost“ in ein neues Licht gerückt. In diesem Blatt wird der Leutnant v. Brüsewitz jetzt als ein Mann bezeichnet, „der als Trinker großen Stils nicht weniger bekannt ist, wie als rücksichtsloser Libertin, der schon aus anständigen Straßen und Häusern hat ziehen müssen.“

Die Erörterungen der Presse über den Fall Brüsewitz werden mit außerordentlicher Erregtheit fortgesetzt und zwar fällt vor allem die scharfe Sprache der rechts stehenden Blätter auf. So erklärt die sehr gemäßigte nationalliberale „Straßb. Post“, wenn der militärische Churbegriff solche Handlungen zu Tage fördern könnte oder gar dürfe, dann sei der Zivilist gegenüber dem Militärstande in gewissem Sinne vogelfrei. Dem rechtsnationalliberalen „Leipz. Tagbl.“ geht aus militärischen Kreisen eine Buzchrift zu, worin u. a. gefragt wird, jeder Vaterlandsfreund müsse es als ein betrübendes und beschämendes Zeichen geistigen Rückganges eines Volkes bezeichnen, wenn gebildete Kreise mehr und mehr zu dem Faustrecht längst vergangener Zeiten zurückdrängen, um Gewalt vor Recht gehen zu lassen. Dieses Gefühl werde jeden Unbefangenem beherrschen, wenn er vernimmt, daß bei einer wörtl. oder thäl. Beleidigung der Beleidiger einfach über den Haufen gestoßen oder geschossen wird. Verstärkt werde aber ein solches Gefühl noch werden, wenn solche Vorgänge sich bei einem Volke ereignen, das sich das Volk in Waffen nennt, wo der Offizierstand einen Theil der Erziehung des Volkes zu übernehmen und zu leiten berufen sei. Noch schärfer urtheilt die auf dem äußersten rechten Flügel des Nationalliberalismus stehende „Rein. Westf. Tag.“ Das Blatt führt u. a. aus: „Das Schlimmste an der Sache ist, daß man in der grauenvollen Niedermetzlung eines Bürgers nicht eine Einzelerscheinung sehen kann, sondern daß sie, zusammengefaßt mit anderen Vorkommen, einer Verallgemeinerung nicht entgehen kann . . . Bleibt der gegenwärtige Zustand bestehen und wird nicht den Offizieren das Bewußtsein beigebracht, daß sie dem Geseze zu gehorchen haben, kann keine Aenderung des Churbegriffes und Rechtsbegriffes durchgesetzt werden, so bleibt nur noch übrig, daß sich jeder Bürger, der in die Gelegenheit kommt, mit Offizieren zusammenzutreffen, mit einem Revolver bewaffnet, um seinen Gegner über den Haufen zu schießen, sowie jener die Hand an den Degen legt.“ Wir betonen wiederholts, daß es sich hier um gemäßigte nationalliberale, eher konservative zu nennende Blätter handelt, die ihr Urtheil über die „grauenvolle Niedermetzlung eines Bürgers“ in solchen Worten aussprechen.

Begnabigt hat der Kaiser laut der „Köln. Volkszeit.“ vierzehn wegen Gewekampfs zu dreimonatlicher Festungs-Haft verurteilte Studirende der Aachener

technischen Hochschule und der Bonner Universität zu achtätigem Haft.

Ausland.

Italien.

Die Hochzeit des Kronprinzen mit der Prinzessin Helene von Montenegro steht nun nahe bevor. Die Yacht „Savoja“ mit dem Prinzen von Neapel und der Prinzessin Helene an Bord ist Mittwoch früh in den Hafen von Varese eingelaufen. In Varese herrsche außerordentlich reges Leben; aus allen Orten der Provinz waren die Bewohner in großen Mengen herbeigeströmt, um die künftige Kronprinzessin zu sehen. Um 10 Uhr 20 Minuten verließ Prinzessin Helene, geleitet von dem Herzog von Genua als Vertreter des Königs, und der Prinz von Neapel die „Savoja“. Die Herrschaften begaben sich darauf unter lebhaften Kundgebungen der Volksmenge in Varese, wo der Uebertritt der Prinzessin Helene zur katholischen Kirche stattfand. In der feierlich geschmückten Kirche legte Prinzessin Helene das katholische Glaubensbekenntnis ab, wobei der Herzog von Genua, der Prinz von Neapel, der italienische Justizminister Costa, der montenegrinische Minister des Außenwesens Wulowitsch und Gefolge anwesend waren. Im großen Schiff der Kirche wurde eine feierliche Messe gesungen, während welcher Artillerie-Salven abgegeben wurden. — Die Verwandten des Königshauses, die an den Hochzeitsfeierlichkeiten teilnehmen werden, versammeln sich bereits in Rom. Der Herzog und die Herzogin von Aosta sind schon am Dienstag eingetroffen. Die Herzogin - Wittwe von Genua und der Graf von Turin trafen am Mittwoch ein, ebenso Prinz Victor Napoleon und die Prinzessin Lætitia. Die Königin-Mutter von Portugal und der Herzog von Oporto kamen gleichfalls am Mittwoch in Rom an.

Frankreich.

Die russische Botschaft erklärt formell die von Pariser Blättern gebrachte Meldung von der Rückberufung des Botschafters Baron Mohrenheim für unbegründet; es sei vollständig unrichtig, daß Baron Mohrenheim dem Kaiser Nikolaus abgerathen habe, nach Paris zu kommen. — Der Kriegsminister General Villot will von weiteren Ersparnissen am französischen Heeresbudget nichts wissen. Er bekämpfte in der Budgetkommission die meisten Reduktionsvorschläge unter Hinweis darauf, daß das Budget für 1897 schon niedriger sei als das vorhergehende. Die Armee müsse zum mindesten eine Friedensstärke von 550.000 Mann haben.

Belgien.

Die „Reform“ veröffentlicht die Grundzüge des Gesetzenwurfs betreffend Reorganisation des Heeres, welchen der Kriegsminister der Repräsentantenkammer in der nächsten Tagung vorlegen wird. Darnach soll der Militärdienst ein persönlicher sein, mit dem 20. Lebensjahr beginnen und 12 Jahre dauern, davon acht Jahre im aktiven Dienst und 4 Jahre in der Reserve. Die mitellosen Familien der dienenden Soldaten sollen eine hohe Entschädigung erhalten.

Spanien.

Eine Madrider Korrespondenz der „Köln. Zeit.“ stellt die Lage auf den Philippinen als ein überaus ernste und besorgniserregende dar. Als Einzelheit wird u. a. dabei gemeldet, daß

„Ich danke,“ sagte Martha freundlich, die Ironie ihrer Worte überhörten, „ich freue mich herzlich, Sie lernen zu lernen. Harry ist ein so alter, lieber Freund von uns. Wir hoffen. Sie beide viel bei uns zu sehen, nicht wahr, Frank?“

Frank beeilte sich ihr zuzustimmen, aber die Wittwe unterbricht ihn, indem sie scharf sagt:

„Möchten Sie nicht die junge Dame bitten, noch etwas zu warten, bis sie per „wir“ spricht? Nebrigens siehe ich nicht gern auf der Straße, besonders wenn ich zu Ihnen habe.“

So sagend, geht sie quer über die Straße und läßt die beiden ohne Gruss stehen.

„Habe ich Dich nicht gewarnt?“ lacht Frank. „Sie kann nicht höflich sein, es ist ihr nicht gegeben.“

„Arme Frau! Ihre Art und Weise ist der Harrys so ähnlich. Aber im Grunde hatte sie Recht, ich hätte noch nicht per „wir“ reden sollen.“

„Warum denn nicht, mein Lieb? Ich wenige habe längst aufgehört, anders als in der Mehrheit zu denken.“

„Wie gut Du bist, und wie glücklich ich sein sollte!“

„Sage lieber: wie glücklich wir sein werden.“

„Nein, nein, Frank, ich will Mrs. Bentons Lehre befolgen und nicht eher wir sagen, als bis zum neunundzwanzigsten Juni.“

„Ich wünschte zu Gott,“ seufzte Frank, „daß der alte Rabe zu Hause geblieben wäre, statt Dich mit seinem Gebrüde zu beunruhigen.“

Sie kamen gerade wieder zur rechten Zeit im Herrenhause an, um sich mit den Anderen zum Mittagsmahl zu begeben. Jedermann ist in frohest Laune, selbst Marthas Stirn ist frei von dem leisesten Schatten.

der General Chaluca, der sich besonderer Gunst klerikalischer Kreise erfreut, nach einem vor den Thoren Manilas gelieferten Gefecht 160 Aufständische hat erschließen lassen.

Türkei.

In Konstantinopel ist es neuerdings wieder recht unruhig. Es geht das Gerücht, daß das Leben des russischen Botschafters v. Melidow durch ausländische Armenier bedroht sei, und das türkische Polizei-Ministerium hat deswegen strenge Schutzmaßregeln getroffen. Die allgemeine Stimmung ist ferner durch das auf zwei Polizisten verübte Attentat wieder erregt. Die Verhaftungen von Armeniern dauern fort. Unter der mohamedanischen Bevölkerung herrscht üblerdies infolge des Gerüchts große Erregung, daß ein Trade betreffend die Wahl des armenischen Patriarchen nunmehr eine vollzogene Thatsache sei.

Provinzielles.

Schulz, 21. Oktober. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde der Bürgermeister Teller, dessen Amtsperiode am 30. Juni 1897 abläuft, auf weitere 12 Jahre einstimmig wiedergewählt.

Gordon, 20. Oktober. In der Nacht zum Sonntag brannte in dem Niederungs-dorf Kokoko dem Besitzer Götz die Scheune und ein Stall nieder. In den Flammen umgekommen sind 28 Schweine, 12 Pferde, 20 Schafe, 26 Linder, eine Menge Hühner und Tauben. Das Feuer ist, wie bereits festgestellt, durch einen entlassenen Knecht aus Rache angelegt worden. Der Brandstifter hat bereits bei der That die Nemesis ereilt. Als er das Feuer in der Scheune oder im Stalle angelegt hatte und er sich aus dem brennenden Gebäude entfernen wollte, fiel er durch die Decke auf die im unteren Raum stehende Hächelmashine, von der er sich nicht losmachen konnte. Als er aufgefunden und aus seiner schlimmen Lage befreit wurde, war er bereits mit zahllosen Brandwunden bedeckt. Er ist nach dem Kreislaorath in Schwedt geschafft worden. Der Besitzer G. war beim Ausbruch des Feuers von Hause abwesend.

Briesen, 20. Oktober. Seiner Zeit schickte der Kreis und die Stadt eine Deputation an den Kriegsminister nach Berlin, welche um eine Garnison bitten sollte. Minister Bronsart v. Schellendorf äußerte sich damals entgegenkommend. Nun ist eine neue Deputation, bestehend aus dem Landrat Peterse und dem Bürgermeister v. Gostomski, zum jetzigen Kriegsminister von Götz entsandt worden, damit dieser die Angelegenheit nicht aus den Augen verliere.

d. Schwei., 21. Oktober. Der gestrige Viehmarkt war lebhaft besucht. Aufgetrieben war namentlich Magerevieh. Die Preise waren mittelmäßig. Gutes Rindvieh, Pferde waren schwach vertreten.

x Strasburg, 21. Oktober. Der Untertortianer X. hatte sich beim gestrigen Vormittagsunterricht eine Strafe zugezogen. Dadurch kam er zu einem Entschluß seinem Leben ein Ende zu machen. Er feierte am Mittage nicht ins Elternhaus zurück, sondern begab sich an die Dreiviertel oberhalb der Stadt, entkleidete sich und sprang in den Fluß. Allein dieser Vorgang war von der Dreiviertel Fabrik aus beobachtet worden. Herr D. eilte herbei, und es gelang ihm, den Lebensmüden, welcher schon das Bewußtsein verloren hatte, aus dem Wasser zu ziehen und mit einiger Mühe ins Leben zurückzurufen.

Elbing, 20. Oktober. Dieser Tage brannten in Fürstenau hiesigen Kreises vier Inshäuser, Scheunen und Stallungen nieder. Leider verbrannte bei den Rettungsversuchen auch ein Mann. Durch ein herabstürzendes Dach wurde er verschüttet und kam elendiglich um.

Elbing, 21. Oktober. Gestern wurde, wie schon gemeldet, vor dem hiesigen Schwurgerichte gegen den Fischer und Eigentümer Gottschalk, dessen Ehefrau und Sohn verhandelt. Die Angeklagten hatten in der Nacht vom 4. zum 5. August d. J. in Beyers-Borderkampen Feuer angelegt, durch welches die aus sechs Personen bestehende Familie Salewski ums Leben kam. Gottschalk sen. wurde zu lebenslänglichem, seine Ehefrau zu 7 Jahren Zuchthaus und der 16 Jahre alte Sohn zu 7 Jahren Gefängnis verurtheilt.

Danzig, 21. Oktober. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde wegen des seitens wachsenden

Geschäfts umfangs des Magistrats die Errichtung einer neuen Stadtrathstelle mit einem Gehalt von 5100 Mk. und die dauernde Einstellung von 3000 Mk. in den Staat zu Besoldung eines juristischen Hilfsarbeiters beschlossen.

Königsberg, 19. Oktober. Über einige neue polizeiliche Anordnungen hat jetzt unsere Bürgerschaft viel zu reden. Diejenigen Bürger, welche daran gewöhnt sind, ihren Frühstückspfennig am Sonntag Vormittag vor 12 Uhr einzunehmen, stießen am gestrigen Sonntag auf verschlossene Thüren, da nach einer neuerdings ergangenen polizeilichen Verfügung die meisten Restaurants während der Zeit des Gottesdienstes, das heißt bis 12 Uhr, geschlossen bleiben müssen. Die Hotels und Gastwirtschaften machen hier von einer Ausnahme, ebenso einige größere Restaurants, wie die Jubiläumshalle. Eine weitere polizeiliche Anordnung gebietet den Schlaf der sogenannten Bierstuben um 9 Uhr abends, stellt sie also in den Rang der Destillationen, welche während der Wintermonate auch um diese Zeit geschlossen werden müssen. Wird diese Anordnung strikt durchgeführt, so trifft sie die Eigentümer der betreffenden Lokale hart, das Publikum aber mit. Diese Bierstuben sind ausschließlich von anständigen Bürgern besucht, deren Beschäftigungszeit gewöhnlich über die achte Abendstunde hinausgeht. Sie können hier, ohne vorher eine unsägliche Toilette gemacht zu haben, ihr gutes Glas Bier vom Faß für 10 Pf. trinken, während sie in den Restaurants 15 Pf. dafür bezahlen müssen. Mit den Destillationen hängen diese Bierstuben räumlich zusammen, sie haben fast durchweg gesonderte Eingänge und gesonderte Bedienung. Es ist keinerlei triftiger Grund dafür erkennbar, daß diese Lokalitäten schon um 9 Uhr geschlossen werden sollen. Jedemfalls schädigt diese Anordnung die betreffenden Gewerbetreibenden ganz empfindlich und kann zur Hebung der Moralität nicht beitragen, da die Besucher in der Regel anständige und gesittete Menschen sind.

Aus Ostpreußen, 20. Oktober. Die von der Remontirungsbahnhaltung des königlichen Kriegsministeriums in Berlin veröffentlichte Übersicht über die Resultate der Remontenverkäufe des Vorjahrs, sowie die Betriebsergebnisse der vier Städte des litauischen Landgestüts liefern den Beweis, daß die Ausdehnung der edlen Pferdezucht in unserer Provinz immer noch weitere Fortschritte macht. Von den der Kommission vorgestellten 24274 Remonten entfallen allein auf Ostpreußen 11324, auf Westpreußen 1328, Posen 1602, Hannover 339, Schleswig-Holstein 2212, auf die übrigen Provinzen und Staaten 4415. Angekauft wurden im ganzen 8758 Stück, davon in Ostpreußen allein 5446 = 62,1 vom Hundert, Westpreußen 318, Posen 567, Hannover 826, Schleswig-Holstein 344, in den andern Provinzen und Staaten nur 1257. — Die vier Marställe des litauischen Landgestüts hatten im ganzen 597 Hengste aufgestellt, davon entfallen auf den Regierungsbezirk Königsberg 197 und auf Gumbinnen 400. Gedekt wurden 41577 Stuten; diese Zahl weist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 1491 auf. Hier von kommen 398 auf den Bezirk Königsberg und 1093 auf den Bezirk Gumbinnen. Um den namentlich in dem letztern Bezirk jährlich steigenden Anprüchen der Bücker zu genügen, wird der Bestand des Insterburger Stalles um zwanzig Hengste vermehrt.

Lokales.

Thorn, 22. Oktober.

— [Anlässlich des Geburtstages der Kaiserin] hatte heute das Rathaus und andere Gebäude Flaggen schmücken angelegt.

— [Personalien.] Der Besitzer Ferdinand Rüster zu Mocker ist zum Schöffen für diese Gemeinde und der Gutsbesitzer Reinhold Binder zu Katharinensfur ist als Gutsvorsteher für diesen Gutsbezirk bestätigt worden.

— [Stadtverordnetenwahl vom 21. Oktober.] Vorsitzender Herr Professor Boethke, anwesend 24 Stadtverordnete, am Stadtrathstisch die Herren Oberbürgermeister Dr. Kohli, Bürgermeister Stachowitz, Syndikus Kelch, Stadtrath Löschmann, Fehlauer, Rudies. — Herr Dietrich referirt namens des Finanzausschusses. Für den Neubau der Orgel in Papen war früher ein Patronatsbeitrag von 1000 Mark bewilligt worden. Da aber die Orgel nicht, wie veranschlagt, 1700 Mk., sondern 2050 Mk. kostet hat, so war nun ein höherer Beitrag verlangt worden. Die Versammlung beschließt, es bei dem bewilligten Beitrag bewenden zu lassen. — Zur Kenntnis genommen wird, daß ausgeloste Wertpapiere bei der Kammerverwaltung nicht vorhanden sind. — Betreffs der Rechnungen über den Bau der Wasserleitung und Kanalisation wird mitgetheilt, daß die Firma Götz und Niedermeyer auf einen Vergleich eingegangen ist. Sie hat sich durch Revers als abgesunden für alle ihre noch unbeglichenen Forderungen erklärt, wenn ihr eine Summe von 10000 Mk. gezahlt wird. Sie verzichtet damit auch auf jede etwaige weitere Forderung. Bemerkt sei, daß die Kommission rund 24000 Mk. von der Rechnung abgestrichen hat. Es entspann sich nach dem Bericht über diesen Gegenstand eine ziemlich erregte Debatte, in der dem Herrn Oberbürgermeister von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht wurde,

dass, wenn er besser aufgepaßt hätte, so kolossale Überschreitungen beim Bau der Wasserleitung und Kanalisation, wie sie vorliegen (im Ganzen etwa 800000 Mk.), nicht hätten vorkommen können. Herr Oberbürgermeister Dr. Kohli vertheidigte sich dagegen, indem er darauf hinweist, daß er nicht Techniker sei und also Bausachen nicht sachmännisch prüfen könne,

dass er hier sich vertrauensvoll auf die Baubeamten verlassen müsse. Es handelte sich dabei besonders um Abmachungen, die der frühere Stadtbaurath Schmidt mit der Firma Götz und Niedermeyer entgegen dem Vertrag getroffen hat und die Rechnungen mit erhöht haben. Jene Abmachungen, die der frühere Stadtbaurath Schmidt mit der Firma Götz und Niedermeyer entgegen dem Vertrag getroffen hat und die Rechnungen mit erhöht haben. Jene Ab-

